

(Abg. Beda.)

(A) 1911 mitteilt — gestattet der Herr Präsident, daß ich dies verlese? —:

(Präsident: Wird gestattet.)

„daß die eingeleiteten Verhandlungen zurzeit abzubrechen sind. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß wir jede Veränderung der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse ohne völlige Einigung über alle schwebenden Fragen grundsätzlich ablehnen müssen.“

Meine Herren! Hier ist der Fall gegeben, wo eine wesentliche Bedürfnisfrage in den Vordergrund gerückt wird, wo tatsächlich ein großer Teil Arbeiter und Einwohner unter den Verkehrsverhältnissen leidet. Wir in Wurzen haben eingesehen, daß wir recht gut noch bis zu einem gewissen Grade warten können, das große Projekt noch aufschieben können. Da kommt die Einwohnerpetition an den Stadtrat, die Königl. Staatsregierung wird davon in Kenntnis gesetzt, und weil sie das Ganze nicht erreichen kann, vermutlich in ihrem Interesse nicht erreichen kann, lehnt sie grundsätzlich alles ab. Das ist durchaus bedauerlich!

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Es entspricht diese Stellungnahme keineswegs den modernen Anschauungen über unsere Verkehrsverhältnisse. Mir scheint, als wenn hier doch eine gewisse Finanzpolitik der Generaldirektion mitspräche. Einmal soll aus der Stadt Wurzen möglichst viel herausgeholt werden, und andererseits schreibt der Staat die Bauverhältnisse vor, immer seine Zukunftspläne dabei im Auge habend, und zwar um deswillen, um schließlich bei einem weiteren Ausbau der Bahnlinie in keiner Weise irgendwelche Hindernisse vorzufinden. Gern will ich annehmen, meine Herren, daß sich bei den wieder aufzunehmenden Verhandlungen der rechte Weg zeigen wird, auf dem sich die Interessenten in der Wahrung ihrer Interessen zusammenfinden können. Aber den Wunsch darf ich wohl auch aussprechen, daß die Königl. Staatsregierung wenigstens so weit wie möglich ihre Kostenforderung noch herabmindert im Interesse unserer Stadt Wurzen.

(Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor Geh. Rat Esterich.

Ministerialdirektor Geh. Rat Esterich: Meine hochgeehrten Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Beda möchte ich ganz kurz antworten: es kann nicht anerkannt werden, daß die Eisenbahnverwaltung

an der Beseitigung der beiden Übergänge in Wurzen ein größeres Interesse habe als die Stadt. Gewiß würde die Eisenbahnverwaltung es sehr gern sehen, wenn die beiden Übergänge bald beseitigt würden, wie dies ja schon daraus hervorgeht, daß sie bereits Verhandlungen in der Richtung mit der Stadt angeknüpft hat. Aber es gibt im Lande noch zahlreiche Übergänge, wo die Verhältnisse wesentlich ungünstiger liegen als hier, wo die Beseitigung also wesentlich dringlicher ist.

Die Bedienung der Wurzener Übergänge, die natürlich mit Schranken versehen sind, verursacht nicht besondere Schwierigkeiten. Übrigens sind zu ihrer Bedienung keineswegs 4 Beamte notwendig, wie der Herr Abgeordnete meinte, sondern nur 2, denn der eine Übergang wird von der am westlichen Ende des Bahnhofes gelegenen Zentralweichenstellerei mit bedient; es wird also zu diesem Zwecke nicht besonderes Personal erforderlich, weil diese Zentralweichenstellerei ohnehin ständig mit Personal besetzt ist.

Tatsächlich hat das Hauptinteresse an der Beseitigung die Stadt Wurzen, die sich nach Süden zu ausdehnen will. Leider hat aber die Stadt Wurzen die Beseitigung der Übergänge nicht nur nicht gefördert, sondern noch erschwert, indem sie gegenüber dem ursprünglichen Projekt der Eisenbahnverwaltung noch besondere Anforderungen gestellt hat, wodurch die Kosten von 157 000 M. auf 204 000 M. hinaufgebracht, also um 47 000 M. verteuert worden sind. Nun hat die Eisenbahnverwaltung zum Vergleiche vorgeschlagen, die Kosten zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Stadt ungefähr zu teilen. Das bedeutet, meine Herren, bei dieser Sachlage schon ein großes Entgegenkommen, wenn man namentlich bedenkt, daß die Stadt Wurzen von den Baukosten, die sie hinsichtlich der Straßenherstellung übernehmen soll, ungefähr den dritten Teil in Form von Anliegerbeiträgen wieder hereinbekommt. Aber trotzdem ist die Eisenbahnverwaltung geneigt, in ihrem Entgegenkommen auch noch weiter zu gehen, als es bisher geschehen ist. Selbstverständlich muß sie aber voraussetzen, daß die Stadtverordneten von Wurzen von ihrem Standpunkte abgehen, wonach sie annehmen, daß die Beseitigung der Übergänge ausschließlich Sache der Eisenbahnverwaltung sei. Es besteht im ganzen Lande der Brauch, daß derartige Übergänge beseitigt werden, indem die Gemeinden dazu beitragen, mit anderen Worten, daß die Eisenbahnverwaltung und die Gemeinden die Kosten nach Maßgabe des beiderseitigen Interesses unter sich verteilen.